

Aktive Erwerbslosenpolitik für Gelsenkirchen

GRÜNE: Partnerschaftlicher Umgang, Hartz IV abschaffen, armutsfeste Löhne, öffentliche Beschäftigung

Eine aktive Erwerbslosenpolitik ist angesichts der besonders schwierigen sozialen Lage in Gelsenkirchen notwendig und sinnvoll. Betroffen sind schließlich nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern auch oft ihre Angehörigen und die im Haushalt lebenden Personen (sog. „Bedarfsgemeinschaft“).

Grüne Politik geht davon aus, Menschen nicht auszugrenzen, sondern ihnen inhaltliche Perspektiven in einer solidarischen Gesellschaft aufzuzeigen, ihnen also Zugang und Teilhabe zu ermöglichen. Das erfordert eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Erwerbslosigkeit darf nicht hingenommen werden, sondern muss zielgerichtet bekämpft werden. Dabei ist eine kritische Bilanz zu ziehen: Die traditionellen Instrumente haben weitgehend versagt. Daher sprechen sich die Grünen gegen Hartz IV und die unfaire Hartz-Gesetzgebung aus. Nötig ist ein neuer, fortschrittlicher Arbeitsbegriff, der nicht nur die abhängige Erwerbsarbeit umfasst.



Grundvoraussetzung einer wirksamen Erwerbslosenpolitik ist darum eine fundierte Bestandsaufnahme, also eine ehrliche, zutreffende und verständliche Arbeitslosenstatistik. Betroffene in Maßnahmen bedürfen keines amtlichen Sonderstatus, der ihnen nicht hilft, sondern sie sind arbeitslos – nichts anderes. Die sogenannte „stille Reserve“ muss eingerechnet werden. Nach diesen Rechnungen sind in Deutschland mindestens ca. 8 Millionen Menschen arbeitslos (direkt Betroffene), was das gesamte Ausmaß des Problems zeigt.

Impressum

Herausgeber (v.i.S.d.P.):

Irene Mihalic & Robert Zion
Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Gelsenkirchen
Wildenbruchstr. 15-17
45888 Gelsenkirchen
E-Mail: kv@gruene-
gelsenkirchen.de
www.gruene-gelsenkirchen.de

Foto: Patrick Jedamzik unter
CC-Lizenz



Auch ist der Regelsatz des Arbeitslosengeldes 2 („Hartz IV“) zu niedrig und nicht armutsfest (nur 351 Euro monatlich für einen Single). Davon soll auch noch Geld für Reparaturen zurückgelegt werden. Eine Erhöhung auf 420 Euro, perspektivisch auf 500 Euro ist sinnvoll und nötig. Dadurch wird die Binnenkaufkraft sehr gestärkt. Dieses Geld wird bestimmt nicht im Ausland auf dubiosen Bankkonten landen. Gerade angesichts der Situation in Gelsenkirchen ist hier ein nachhaltiger Effekt zu erwarten: Wir brauchen ein Rettungspaket für die Bevölkerung!

Weitere Informationen zu Grüner Politik in Gelsenkirchen im Netz:

www.gruene-ge.de

Als „Kunde“ in der „Wartewabe“

Auch der Versuch, das Jahrzehnte währende Arbeitslosenproblem sprachlich zu „entsorgen“, zeugt weniger von Kreativität als von Hilflosigkeit: Da sitzt der „Kunde“ bei der „Agentur“ für Arbeit in der „Wartewabe“!

Ein **öffentlicher Beschäftigungssektor** (ÖBS) zu vernünftigen und armutsfesten Löhnen soll Perspektiven bieten in gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit, z.B. im Umweltschutz und in der Sanierung von Stadtteilen. Diese öffentliche Arbeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Vermittlung durch einen Dritten) müssen grundsätzlich freiwillig sein. Maßnahmen müssen auf ihre Sinnhaftigkeit kritisch überprüft und von neutraler, unabhängiger Seite wissenschaftlich ausgewertet werden (Evaluation). Die Resultate sind der Öffentlichkeit mitzuteilen. Es kann nicht sein, dass der Maßnahmeträger seine eigene Auswertung vornimmt, denn das Ergebnis ist dann vorhersehbar.

Ein Euro-Jobs sind ersatzlos abzuschaffen. Sie sind meist ziemlich sinnlos und kommen einer Beschäftigungstherapie gleich. Wissenschaftliche Studien belegen ihre Nutzlosigkeit. Ein Euro-Jobs verdrängen reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Sie entwerten somit Arbeit und deren Würde.

Wir Grüne treten für einen menschenwürdigen **gesetzlichen Mindestlohn** ein, denn von Arbeit muss man auch leben können. Das unwürdige Lohndumping ist zu beenden.

Ein **Sozialticket** muss endlich in Gelsenkirchen und darüber hinaus für Erwerbslose und sozial Schwächere eingeführt werden, denn Mobilität darf kein Luxus sein. Der Preis soll bei 15 Euro für die Preisstufe A liegen (Fahrten in einer Stadt), denn mehr gibt der karge Regelsatz des Alg 2 nicht her.

Ein **effektives Beschwerdemanagement** soll bei der Arge/Integrationscenter für Arbeit stattfinden. Dazu soll ein unabhängiger Ombudsman eingesetzt werden.

Die unabhängige Erwerbslosenberatung ist fortzuführen und zu sichern. Im Beirat des IAG muss mindestens ein Betroffener/eine Betroffene aus einer Erwerbslosengruppe mit Sitz und Stimme vertreten sein, um Interessen wahrzunehmen. Ferner müssen Arge und IAG festgelegte Mindeststandards einhalten und ein gesichertes Qualitätsmanagement durchführen.

Eine wirksame Erwerbslosenpolitik ist die Nagelprobe für eine solidarische und sozial engagierte Gesellschaft. Was ist uns Solidarität wert?



GRÜN. Die bessere Idee für Gelsenkirchen.

- Bitte senden Sie mir weitere Informationen zu den Themen:
- Ich will Mitglied werden.
- Ich möchte Ihren Newsletter an folgende Adresse:
- Ich möchte per SMS an folgende Nummer informiert werden:

www.gruene-gelsenkirchen.de – Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung.



Bündnis 90 / Die Grünen
Kreisverband Gelsenkirchen
Wildenbruchstr. 15-17
45888 Gelsenkirchen